

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 5
Januar 1991

Geringere Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR

Eine ZUMA
Publikation

Erste Ergebnisse der empirischen Wohlfahrtsforschung

Die ehemalige DDR unterscheidet sich von der „alten“ Bundesrepublik unter wohlfahrtsrelevanten Gesichtspunkten immer noch ganz beträchtlich: nicht nur hinsichtlich der objektiven Lebensbedingungen, sondern auch in den Ansprüchen, Orientierungen und Bewertungen der Betroffenen. Gerade im Hinblick auf die politische Zielsetzung, gleiche Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, kommen deshalb Informationen über die Ansprüche der früheren DDR-Bürger, ihren subjektiven Bewertungen der gegebenen Lebensverhältnisse sowie deren Veränderungen seit Schaffung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion eine hohe Bedeutung zu.

Inhalt

Geringere Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR	1
Armut in der Bundesrepublik mehrheitlich kurzfristiger Natur ...	5
Human Development Report 1990	8
Working Group „Social Indicators“ auf dem XII. Weltkongreß der ISA	9
Aussiedler aus Osteuropa weniger gern gesehen	10
Social Trends 1990	14
Indikatoren der Zeitverwendung	15
Trends sozialstrukturellen Wandels	15
Tagungsankündigungen	16

Empirische Basis der Sozial- berichterstattung

Um diese Fragestellungen zu beantworten, stehen der Sozialberichterstattung inzwischen verschiedene empirische Quellen zur Verfügung. Im folgenden werden einige Ergebnisse aus zwei Umfragen der empirischen Wohlfahrtsforschung präsentiert, die sowohl eine Bestandsaufnahme der objektiven Lebensbedingungen und deren subjektiver Bewertung im Osten Deutschlands erlauben, als auch bereits jetzt einen ersten Eindruck von diesbezüglichen Veränderungen innerhalb des letzten halben Jahres vermitteln. Beide Untersuchungen sind im Westen Deutschlands bewährte Instrumente für die Dauerbeobachtung des sozialen Wandels und wurden im Juni bzw. im Oktober/November 1990 auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt:

a) Basiserhebung DDR 1990: Unter der Federführung des Panel-Projekts am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wurde in Zusammenarbeit mit dem Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR sowie der Arbeits-

gruppe Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) das seit 1984 in der Bundesrepublik jährlich durchgeführte Sozio-ökonomische Panel auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgedehnt und im Juni 1990 eine erste Erhebung mit über 4 400 Befragten in über 2 000 Haushalten durchgeführt.

b) Wohlfahrtssurvey 1990 Ost: Eine als Pilotstudie angelegte Replikation des bundesrepublikanischen Wohlfahrtssurveys 1988 wurde im Oktober/November 1990 bei etwa 800 Befragten auch in der ehemaligen DDR durchgeführt. Diese Befragung wurde von der Arbeitsgruppe Sozialberichterstattung des WZB konzipiert und zusammen mit der Feldabteilung des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ), Leipzig durchgeführt.

Konzepte der Wohlfahrtsforschung übertragbar?

Die Ergebnisse beider Untersuchungen eignen sich nicht nur für den wohlfahrtsorientierten Ost-West-Vergleich, sondern ge-

Tabelle 1: Allgemeine Lebenszufriedenheit* in Westdeutschland (1988) und Ostdeutschland (1990)

	Eher Unzufrieden %	Eher Zufrieden %	Hochzufrieden %	Mittelwert %
Westdeutschland	3	92	17	7.9
Ostdeutschland	10	68	8	6.6

* Zufriedenheitsskala von 0 »ganz und gar unzufrieden« bis 10 »ganz und gar zufrieden«. Eher Unzufrieden = 0 bis 4; Eher Zufrieden = 6 bis 10; Hochzufrieden = 10

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988
Basiserhebung (Sozio-Ökonomisches Panel) DDR 1990

ben darüber hinaus Aufschlüsse über den sozialen Wandel im Osten Deutschlands über den Zeitraum von unmittelbar vor der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion bis kurz nach der Vereinigung beider deutscher Staaten.

Analysen der in der ehemaligen DDR jetzt beobachtbaren Veränderungen werfen für die in fortgeschrittenen westlichen Industriegesellschaften entwickelten Instrumente der Sozialberichterstattung aber auch Probleme sowohl methodischer als auch inhaltlicher Art auf. Grundsätzlich kann man feststellen, daß sich die Übertragung der Konzepte und Instrumente der Wohlfahrtsforschung auf die immer noch andere -"zwischenmoderne"- Gesellschaft der ehemaligen DDR als möglich und zweckmäßig erwiesen hat. Die Antwortbereitschaft der Befragten ist mit etwa 70 Prozent gegenwärtig noch höher als in der „alten“ Bundesrepublik, die Qualität der Antworten ist als sehr gut einzuschätzen und hat hinsichtlich der subjektiven Indikatoren, auf die sich der Beitrag im folgenden konzentriert, zu aussagekräftigen Ergebnissen über die besonderen Lebenslagen der früheren DDR-Bürger geführt.

Geringere Lebenszufriedenheit in der ehemaligen DDR

Erste Befunde aus den beiden genannten Erhebungen machen deutlich, daß die Konzepte und Instrumente der empirischen Wohlfahrtsforschung auf die ehemalige DDR übertragbar sind, obwohl und gerade weil sie Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden dokumentieren. Sie zeigen

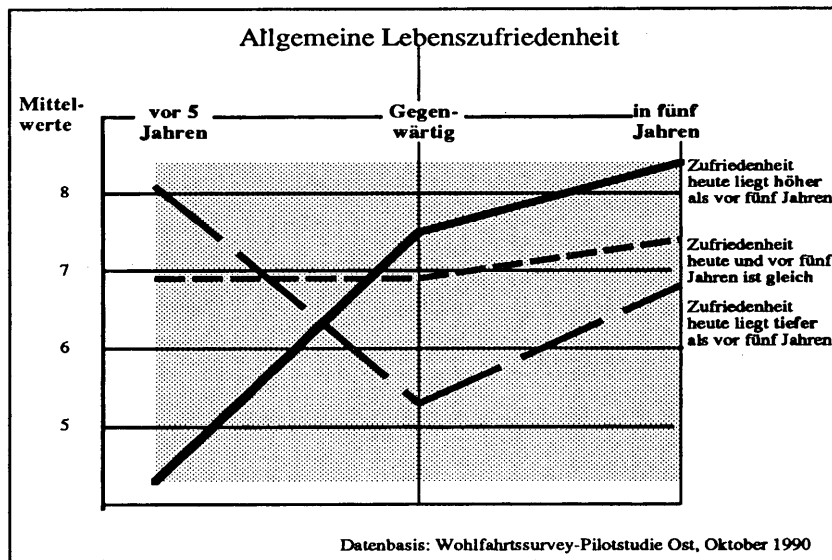
sich im Niveau, in der Verteilung und der Korrelation der erhobenen Indikatoren der Zufriedenheit und Wichtigkeit.

Die globalen und vor allem die spezifischen Indikatoren des subjektiven Wohlbefindens wie die allgemeine Lebenszufriedenheit bzw. die Zufriedenheitsbewertungen einzelner Lebensbereiche erlauben Aussagen zu den Besonderheiten der Wohlfahrtsstruktur im Osten Deutschlands. Obgleich auch hier die Rangordnungen der Zufrie-

denheiten mit den einzelnen Lebensbereichen ein ähnliches Muster wie im Westen erkennen lassen, ist das niedrige Niveau der Zufriedenheit unter wohlfahrtspolitischen Gesichtspunkten alarmierend. Die Zufriedenheitsbewertungen liegen nicht nur in fast allen Bereichen unter dem westlichen Niveau, sie weisen darüber hinaus Werte auf, die im Westen gewöhnlich nur von ausgesprochenen Problemgruppen erreicht werden. Und entgegen vielen Vermutungen gehen die Veränderungen innerhalb des letzten halben Jahres vor allem in Richtung einer noch ausgeprägteren Unzufriedenheit.

Die allgemeine Lebenszufriedenheit ist ein global bilanzierendes Maß des individuellen Wohlbefindens. Hier erreichen die Bürger der ehemaligen DDR mit einem Mittelwert von 6,6 auf einer elfstufigen Skala von 0 bis 10 ein Niveau, das weit unter dem der „alten“ Bundesrepublik liegt. Seit zehn Jahren ist in der Bundesrepublik das Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit auf einem Mittelwert von 7,9 stabil. Wenn man die Frage nach der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit zusammen mit der Frage nach der in fünf Jahren erwarteten Zufriedenheit auswertet, dann deutet die Verteilung der möglichen Antwortkombinatio-

Graphik 1: Wahrgenommener Verlauf subjektiven Wohlbefindens: Heute — vor fünf Jahren — in fünf Jahren



nen auf einen stark ausgeprägten in die Zukunft gerichteten Optimismus sowie hohe Erwartungshaltungen in der ehemaligen DDR hin. Solche Zufriedenheitskombinationen wurden in diesem Ausmaß in der Bundesrepublik selbst in ökonomischen Wachstumsphasen nicht annähernd erreicht.

Der Zukunftsoptimismus unterscheidet sich deutlich in Abhängigkeit von der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit sowie der Lebenszufriedenheit vor fünf Jahren. Fast jeder zweite Befragte nimmt einen Anstieg seiner Lebenszufriedenheit wahr, bei jedem vierten hat keine Veränderung stattgefunden und immerhin jeder dritte frühere DDR-Bürger schätzt seine Lebenszufriedenheit vor fünf Jahren im Vergleich zur gegenwärtigen als höher ein. Allen drei Typen ist gemeinsam, daß für die Zukunft Verbesserungen der allgemeinen Lebenszufriedenheit erwartet werden. Dabei ist der relative Zukunftsoptimismus bei jenen am stärksten ausgeprägt, die bisher Verschlechterungen wahrgenommen haben.

Bei den Zufriedenheiten mit einzelnen Lebensbereichen zeigt sich ein Bewertungsmuster, das zwar hinsichtlich der Struktur dem Muster in der Bundesrepublik ähnlich

ist, aber ein deutlich niedrigeres Niveau aufweist. In beiden Teilen Deutschlands stehen die Bereiche Arbeit und Wohnen an der Spitze der Zufriedenheitsrangfolge, während Gesundheit, Lebensstandard und Einkommen eine mittlere Position einnehmen und der Bereich Umweltschutz durch die geringste Zufriedenheit gekennzeichnet ist. Die nur in der ehemaligen DDR erhobene Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der Kinderbetreuung weist ein vergleichsweise hohes Zufriedenheitsniveau auf.

Die größten Differenzen im Zufriedenheitsniveau zwischen Ost und West bestehen im Hinblick auf die Bewertung der materiellen Lebensbedingungen Einkommen, Lebensstandard und Wohnen. Die beobachteten Unterschiede bei den Zufriedenheitsstrukturen in beiden Teilen Deutschlands bleiben auch bei der Betrachtung einzelner Bevölkerungsgruppen bestehen: In den hier ausgewiesenen Zufriedenheitswerten für Männer und Frauen sowie für verschiedene Alters- und Bildungsgruppen liegt das Zufriedenheitsniveau der früheren DDR-Bürger immer deutlich unter dem entsprechenden Niveau der Bundesbürger.

Obwohl die beiden Erhebungen von Juni und Oktober/November 1990 nur einen kurzen Zeitraum abbilden, dokumentieren die vergleichbaren Indikatoren zum Teil nicht unerhebliche Veränderungsprozesse. Dabei weist die allgemeine Lebenszufriedenheit nur geringfügige Veränderungen auf. Einem leichten Anstieg bei den jüngeren Altersgruppen steht eine Abnahme der Zufriedenheit bei den anderen Altersgruppen gegenüber.

Im Gegensatz zu dem gleichbleibenden Niveau der allgemeinen Lebenszufriedenheit ist bei den Zufriedenheiten mit den einzelnen Lebensbereichen ein teilweise drastisches Absinken des Zufriedenheitsniveaus zu konstatieren: Bei keiner der zu beiden Zeitpunkten erfragten Bereichszufriedenheiten war eine positive Veränderung festzustellen. Die deutlichsten Verschlechterungen des Zufriedenheitsniveaus finden sich in den Bereichen Einkommen, Umwelt, Lebensstandard und Wohnen. Dieser Entwicklung entsprechen zum einen auch die erkennbaren Veränderungen der Bedeutsamkeit einzelner Lebensbereiche; zum anderen spiegeln die im Juni geäußerten Sorgen die Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung wider. Neben den „großen Sorgen“ um die

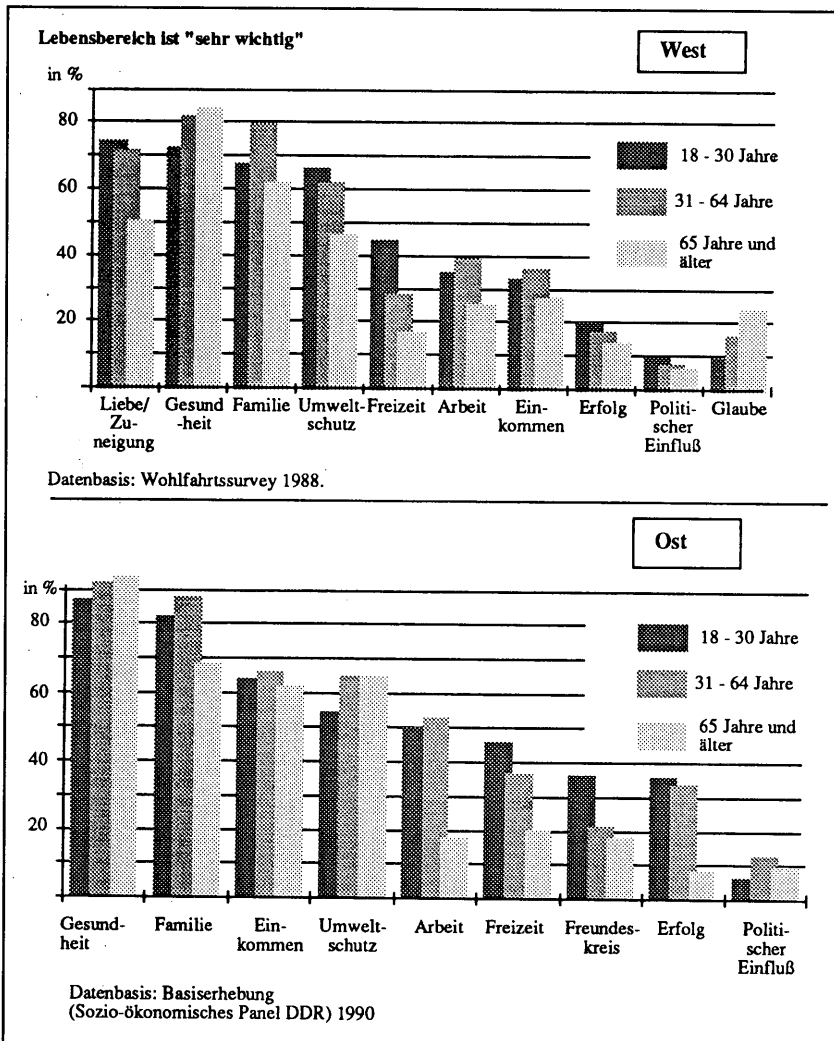
Tabelle 2: Zufriedenheit nach Lebensbereichen* bei einzelnen Sozialgruppen in Ost- und Westdeutschland

	Gesundheit		Arbeit		Lebensstandard		Haushaltseinkommen		Kinderbetreuungsmöglichkeit		Wohnung		Angebot an Waren und Dienstleist.		Umwelt	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Insgesamt	6.5	7.3	7.2	7.8	6.3	7.9	5.5	7.1	7.6	—	7.0	8.2	3.2	—	3.1	4.5
Geschlecht:																
Männer	6.8	7.6	7.2	7.8	6.4	7.4	5.6	7.1	7.5	—	6.9	8.1	3.0	—	3.1	4.4
Frauen	6.3	7.1	7.2	7.7	6.3	7.5	5.5	7.0	7.6	—	7.1	8.3	3.3	—	3.1	4.5
Altersgruppen:																
18 bis 34 Jahre	7.7	8.2	6.9	7.8	6.2	7.2	5.3	6.8	7.6	—	6.1	7.8	2.9	—	2.8	3.8
35 bis 59 Jahre	6.3	7.4	7.3	7.8	6.5	7.5	5.7	7.2	7.7	—	7.4	8.0	3.0	—	2.9	4.5
60 u.m. Jahre	5.3	6.0	7.6	8.9	6.3	7.6	5.4	7.1	6.5	—	7.6	8.6	3.8	—	3.7	5.2
Bildungsgruppen:																
8. Klasse/ Hauptschule	5.9	7.0	7.5	7.8	6.3	7.3	5.4	6.9	7.6	—	7.4	8.2	3.4	—	3.4	4.7
10. Klasse/ Mittlere Reife	7.1	7.6	7.1	7.8	6.4	7.6	5.5	7.2	7.7	—	6.6	8.0	2.9	—	2.9	4.3
Abitur	7.1	7.9	6.7	7.6	6.4	7.8	5.9	7.4	7.2	—	6.6	8.0	3.1	—	2.8	4.1

* Die Lebensbereiche Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie Angebot an Waren und Dienstleistungen wurden nur in der DDR erhoben.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1988; Basiserhebung (Sozio-Ökonomisches Panel) DDR 1990

Graphik 2: Wichtigkeit von Lebensbereichen in verschiedenen Altersgruppen in der Bundesrepublik und der DDR



der entsprechende Anteil im Westen lediglich bei einem Drittel. Einen ähnlichen Unterschied findet man beim Lebensbereich Arbeit.

Deutlich wichtiger geworden sind zwischen Juni und Oktober/November 1990 für die früheren DDR-Bürger die Bereiche Arbeit und Freundeskreis. An Wichtigkeit gewonnen haben auch der Erfolg im Beruf sowie der Umweltschutz. Stabil hingegen werden die Bereiche Familie, Einfluß auf politische Entscheidungen und Freizeit bewertet, während in den Bereichen Gesundheit und Einkommen die Ansprüche eher reduziert wurden.

Die größte Stabilität in der Wichtigkeitsbewertung von Lebensbereichen findet man in der Altersgruppe von 45 bis 64 Jahren. Ein starker Anstieg ist besonders bei den jüngeren Befragten zu verzeichnen; in der Altersgruppe von 30 bis 44 Jahren ist dagegen ein Rückgang erkennbar. Bei den älteren Befragten mit 65 und mehr Jahren lassen sich keine systematischen Veränderungen der Wichtigkeitsbewertungen feststellen.

Wichtigkeit von und Zufriedenheit mit einzelnen Lebensbereichen sind zentrale Dimensionen des subjektiven Wohlbefindens, die sich wechselseitig bedingen können. Die gegenwärtige Situation in der früheren DDR ist dadurch gekennzeichnet, daß sich individuelle Ansprüche bei den gegebenen objektiven Lebensbedingungen nur unzureichend realisieren lassen, was sich in Unzufriedenheit ausdrückt, die wiederum eine verstärkte Akzentuierung der Ansprüche zur Folge haben kann.

Umwelt und die Erhaltung des Friedens, die in beiden Teilen Deutschlands nahezu identisch bewertet werden, zeigt sich bei den Bürgern der früheren DDR im deutlichen Gegensatz zu den Bundesbürgern eine ausgeprägte Unsicherheit über die weitere Entwicklung der allgemeinen sowie der eigenen wirtschaftlichen Lage.

Gesundheit und Familie in Ost und West am wichtigsten

Die Einschätzungen der Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche zeigen im Vergleich der beiden Teile Deutschlands ein überraschend ähnliches Grundmuster, allerdings

mit deutlich höheren Wichtigkeitseinstufungen in der früheren DDR. Am wichtigsten sind in Ost und West die privaten Lebensbereiche wie Gesundheit und Familie; der Freizeitbereich nimmt eine mittlere Position ein. Am unteren Ende der Rangreihe stehen der berufliche Erfolg und die Möglichkeiten politischen Einfluß auszuüben. Letzteres ist zumindest für die frühere DDR unerwartet, angesichts der vermuteten nach wie vor hohen Politisierung der Bürger. Neben diesem ähnlichen Grundmuster fallen aber auch wesentliche Unterschiede ins Auge. So werden den Bereichen Arbeit sowie Einkommen jeweils andere Bedeutungen zugewiesen. Während zwei Drittel der ehemaligen DDR-Bürger Einkommen als sehr wichtig einstufen, liegt

Roland Habich/Detlef Landual
Eckhard Priller
Wissenschaftszentrum Berlin
(Tel.: 030/25491-591)

Armut in der Bundesrepublik mehrheitlich kurzfristiger Natur

Längsschnittergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels 1984 bis 1989

In der Bundesrepublik Deutschland war zu Beginn der achtziger Jahre neben den steigenden Arbeitslosenzahlen auch ein deutlicher Anstieg der Sozialhilfeempfänger zu beobachten. Die Zahl der Arbeitslosen blieb im weiteren Verlauf trotz zunehmender Zahl der Beschäftigten auf hohem Niveau konstant; allerdings nahm der Anteil der dauerhaft Arbeitslosen stark zu. Im gleichen Zeitraum sind auch die Zahlungen für Sozialhilfeempfänger kontinuierlich gestiegen. Beide Entwicklungen werden unter dem Stichwort „Neue Armut“ zusammengefaßt und von Sozialpolitikern als das Problem der sogenannten „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ diskutiert. In ihrer strengsten Definition besagt diese These, daß eine stabile Minderheit von etwa einem Drittel der Bevölkerung nicht an den Wachstums- und Wohlfahrtsgewinnen der Gesellschaft partizipiere, sondern dauerhaft ausgegrenzt werde.

Sozialwissenschaftliche Studien über die Armutskarrieren von Sozialhilfeempfängern haben indes Zweifel an der Gültigkeit der These von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ aufkommen lassen - zumindest in der skizzierten strengen Definition. In die gleiche Richtung weisen auch die Befunde einer amerikanischen Paneluntersuchung: „By far the largest percentages of those who were poor were only temporarily poor.“ (Hill et al. (ed.), Five Thousand American Families, Vol. IX, Ann Arbor, Michigan, 1981, p. 100).

Im folgenden werden Längsschnittauswertungen des Sozio-ökonomischen Panels für die Zeit von 1984 bis 1989 präsentiert, nach denen die Bundesrepublik nicht als eine „Zwei-Drittel-Gesellschaft“, sondern eher als eine „75-15-10 Gesellschaft“ erscheint:

— 75 Prozent aller Personen waren während des Untersuchungszeitraums von sechs Jahren niemals arm;

— 15 Prozent waren kurzfristig arm, bei insgesamt noch akzeptablem Einkommen;

— 10 Prozent waren in dem genannten Zeitraum häufig oder dauerhaft arm, bei insgesamt geringem Einkommen.

Methodische Grundlagen

Die Ergebnisse basieren auf Auswertungen des Sozio-ökonomischen Panels, einer vom Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim „Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik“ sowie dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin seit 1984 jährlich im Bundesgebiet durchgeführten Längsschnittbefragung von ca. 12 000 Personen in ca. 6 000 Privathaushalten. Die im Haushalt lebenden Kinder unter sechzehn Jahren, die selbst nicht befragt wurden, sind bei der Berechnung der Armutsquoten im Quer- und Längsschnitt berücksichtigt.

Tabelle 1: Betroffenheit von Armut

	1984	1985	1986	1987	1988	1989
Armutsquoten	in %					
»Strenge Armut« 40%-Linie	5.1	4.4	5.3	4.9	5.2	4.4
»Armut« 50%-Linie	Gesamt 11.0	11.0	12.4	10.6	10.7	10.7
	Deutsche 10.3	10.2	11.5	9.9	10.1	8.8
	Ausländer 24.1	24.8	29.4	24.4	22.9	24.3
»Relative Armut« 60%-Linie	20.8	20.0	22.0	20.3	20.2	19.3

Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel — Welle 1 (1984) - Welle 6 (1989)

Der zugrundeliegende Armutsbegriff beruht nicht auf der Annahme einer absolut definierten Existenzschwelle, sondern auf einem relativen Armutskonzept: Eine Person gilt danach als arm, wenn ihr - im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt - der Zugriff auf materielle Ressourcen (Einkommen) in erheblicher Weise verschlossen bleibt. Im allgemeinen wird dabei mit drei Schwellenwerten operiert:

— einer Armutsquote von 40 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Indizierung einer „strengen“ Einkommensarmut;

— einer Armutsquote von 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Berechnung eines „mittleren“ Armutspotentials;

— einer Armutsquote von 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Kennzeichnung einer „armutsnahen“ Einkommenssituation.

Der den Berechnungen zugrundegelegte Einkommensbegriff ist das verfügbare monatliche Haushaltseinkommen, das mittels einer dem Bundessozialhilfegesetz entlehnten Äquivalenzberechnung, die Zahl und Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt, an den unterschiedlichen Bedarf der einzelnen Haushalte angepaßt wird.

Ein Viertel der Bevölkerung zwischen 1984 und 1989 von Armut betroffen

Die Armutsquoten in der Bundesrepublik sind - bezogen auf die jeweiligen Bevölkerungsquerschnitte - für die Zeit zwischen 1984 und 1989 nahezu konstant. Die durch-

Tabelle 2: Armut — dauerhaft oder kurzfristig?

Armutsgrenze		n-mal unter der Armutsgrenze in %						
		0	1	2	3	4	5	6
40%-Linie		86.7	7.0	2.7	1.0	1.1	1.1	0.4
50%-Linie	Gesamt	74.7	10.6	4.2	3.6	2.3	1.8	2.7
	Deutsche	76.2	10.3	4.0	3.5	1.9	1.6	2.5
	Ausländer	49.7	15.2	8.6	6.8	8.0	5.3	6.4
60%-Linie		60.6	11.8	6.5	5.3	3.8	4.9	7.1

Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel — Welle 1 (1984) - Welle 6 (1989)

schnittliche Armutsquote beträgt elf Prozent; gemessen an dem mittleren Schwellenwert (50 Prozent des Durchschnittseinkommens). Die Armutsquote liegt bei Ausländern mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung. Fast fünf Prozent der Gesamtbevölkerung leben in „strenger“ Einkommensarmut. Jeder fünfte Bundesbürger muß mit einem Einkommen im „armutsnahen“ Bereich auskommen.

Die Dauer der Armut wird aus der Tabelle 2 ersichtlich. Bezogen auf den 50-Prozent-Schwellenwert waren demnach 75 Prozent der Gesamtbevölkerung im angegebenen Zeitraum von sechs Jahren niemals arm; fünfzehn Prozent waren kurzfristig arm, d.h. ihr Einkommen lag zu einem oder höchstens zwei Meßzeitpunkten unter der Armutsgrenze. Zehn Prozent der Gesamtbevölkerung waren längerfristig oder häufiger als zweimal arm; und fast drei Prozent der Gesamtbevölkerung, d.h. etwa jeder zehnte Arme, waren über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg von Armut betroffen. Unter den Ausländern kam Armut bei jedem zweiten mindestens einmal vor. Auch die längerfristige Armut tritt bei Ausländern häufiger auf als bei der deutschen Bevölkerung.

In der hier verwendeten strengen Definition ist die These von der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ in Anbetracht der Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels in zwei Aspekten zu relativieren. Zum einen sind über den hier untersuchten mittleren Zeitraum von sechs Jahren deutlich weniger als ein Drittel der Bevölkerung von Armut betroffen. Zum zweiten ist der überwiegende Teil der auftretenden Armut nicht von Dauer. Dies wird belegt durch einen differenzierteren Blick auf das jeweilige Ein-

kommensniveau bei verschiedenen Armutsverläufen in Abhängigkeit davon, ob aktuell Armut vorliegt oder nicht.

Auch Personen mit kurzfristigen Armutskarrieren verfügen über den gesamten Untersuchungszeitraum von sechs Jahren hinweg über ein äquivalenzgewichtetes Durchschnittseinkommen oberhalb des 60-Prozent-Schwellenwertes der armutsnahen Einkommenssituation. Nur Personen mit längerfristigen oder häufigen Armutspereoden liegen mit ihrem durchschnittlichen Einkommen bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum unterhalb dieses Schwellenwertes. Aber selbst hier werden in den wenigen Jahren ohne Armut (gemessen am 50-Prozent-Schwellenwert) Einkommen oberhalb der armutsnahen Einkommenssituation erzielt.

Die Kehrseite der Medaille wird bei der Frage nach dem Armutsrisiko von Beziehern durchschnittlicher Einkommen sichtbar. Aus Tabelle 4 ist zu entnehmen, daß von den Beziehern mittlerer Einkommen, die im Jahr 1984 zwischen 80 und 120 Prozent des Durchschnittseinkommens bezogen, in den fünf darauf folgenden Jahren neun Prozent mindestens zu einem Zeitpunkt von Armut betroffen waren. Aus dieser Tabelle wird auch das höhere Armutsrisiko von Ausländern deutlich. Bei ihnen lag der entsprechende Anteil der Betroffenheit von Armut bei 22 Prozent.

Arbeitslosigkeit und Armut

Arbeitslosigkeit ist zweifelsohne eine der bedeutendsten Ursachen von Armut. Bei differenzierter Betrachtung der Übergänge in und aus Armut sowie in und aus Arbeitslosigkeit erscheinen diese Zusammenhänge jedoch relativ schwach. Gerade der in der Öffentlichkeit häufig diskutierte enge Zusammenhang zwischen dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armut wird durch die Daten des Sozio-ökonomischen Panels nur teilweise bestätigt.

Im Jahr 1989 waren 26,5 Prozent aller Befragten unterhalb der Armutsgrenze gleichzeitig arbeitslos, aber nur zehn Prozent aller Arbeitslosen waren arm. Der gleiche Zusammenhang zeigt sich auch bei den Über-

Tabelle 3: Haushaltseinkommen vor und nach Armut

n-mal arm	ø-Einkommen* 1984 - 89	ø-Einkommen* in Jahren der Armut	ø-Einkommen* in Jahren der Nicht-Armut
0	1550	—	1550
1	1038	665	1130
2	871	591	1201
3	780	576	995
4	678	571	880
5	585	531	894
6	507	507	—

* DM pro Monat. Netto-Äquivalenz-Haushaltseinkommen.
 Durchschnittseinkommen 60%-Linie 1984 - 1989 = 827 DM
 Durchschnittseinkommen 50%-Linie 1984 - 1989 = 689 DM
 Durchschnittl. Äquivalenzeinkommen 1984 - 1989 = 1 379 DM

Datenbasis: Das Sozio-ökonomische Panel — Welle 1 (1984) - Welle 6 (1989)

Tabelle 4: Armutsrisiko bei durchschnittlichen Haushaltseinkommen

	nie unter Armutsgrenze	mindestens einmal unter Armutsgrenze	mehr als die Hälfte der Zeit unter Armutsgrenze
Insgesamt	91.1	8.9	1.8
Deutsche	91.7	8.3	1.8
Ausländer	77.7	22.3	3.8

Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel — Welle 1 (1984) - Welle 6 (1989)

gangswahrscheinlichkeiten: Der Übergang in Arbeitslosigkeit ist häufiger mit Armut verbunden als umgekehrt. Ebenso führt auch die Überwindung der Arbeitslosigkeit häufiger zur Überwindung von Armut. Struktur und Stärke der genannten Zusammenhänge weisen somit auf eine schwächere Kausalität zwischen Arbeitslosigkeit und Armut hin, als sie in den beiden Stichworten von der „Neuen Armut“ sowie der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ postuliert wird.

Einerseits tragen die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit dazu bei, die mit Arbeitslosigkeit verbundenen Einkommensausfälle zumindest in der ersten Zeit der Arbeitslosigkeit zu einem großen Teil zu kompensieren. Andererseits lassen sich auch Effekte der Einkommensaufbesserung

nach arbeitslosigkeitsbedingten Ausfällen durch vermehrte Erwerbstätigkeit anderer Haushaltsmitglieder beobachten. Darüber hinaus wird Armut auch noch durch Lebensereignisse wie beispielsweise Krankheit oder Scheidung verursacht, die unabhängig von der Dynamik des Arbeitsmarktes sind. Insofern kann kein besonders starker Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut erwartet werden.

Ein Zehntel der Bevölkerung ständig von Armut betroffen

Wenn man die Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels auf die Gesamtbevölkerung hochrechnet, dann waren drei Viertel

der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1984 und 1989 zu keinem Zeitpunkt von Armut betroffen. Bei den verbleibenden 25 Prozent sind die Armutsperioden mehrheitlich eher kurzfristiger Natur. Fünfzehn Prozent waren im untersuchten Zeitraum von sechs Jahren zu höchstens zwei Zeitpunkten arm, mit - bezogen auf den gesamten Untersuchungszeitraum - insgesamt akzeptablem Einkommen. Die Bekämpfung dieser Form von Armut besteht primär in Maßnahmen, die auf die Sicherung und Verstetigung der Erwerbsverhältnisse abzielen. Ein Zehntel der Gesamtbevölkerung jedoch lebt in häufig wiederkehrender oder lang andauernder Armut. Dies ist die klassische Zielgruppe für langfristig auf soziale Sicherung bedachte sozialstaatliche Maßnahmen.

*Roland Habich/Bruce Headey
Wissenschaftszentrum Berlin
(Tel.: 030/25491-591)
Peter Krause
Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung
(Tel.: 030/82991-690)*

Tabelle 5: Arbeitslosigkeit und Armut

1)	Prozent der Armen , die gleichzeitig arbeitslos sind (1989)	26,5 %
2)	Prozent der Arbeitslosen , die gleichzeitig arm sind (1989)	10,1 %
3)	Prozent der Personen, die zwischen 1988 und 1989 arm und gleichzeitig arbeitslos wurden	5,0 %
4)	Prozent der Personen, die zwischen 1988 und 1989 arbeitslos und gleichzeitig arm wurden	11,2 %
5)	Prozent der Personen, die zwischen 1988 und 1989 aus der Armut heraus kamen und zugleich wieder erwerbstätig wurden	9,4 %
6)	Prozent der Personen, die zwischen 1988 und 1989 wieder erwerbstätig wurden und zugleich aus der Armut heraus kamen	16,6 %

Datenbasis: Das Sozio-Ökonomische Panel — Welle 1(1984) - Welle 6(1989)

Human Development Report 1990

Sozialbericht der Vereinten Nationen vergleicht Lebensbedingungen in 130 Ländern

Die achtziger Jahre werden im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in den sogenannten Entwicklungsländern vielfach als „verlorene Dekade“ bezeichnet. Die Situation sei geprägt von einer „Eskalation der extremen Armut und des Hungers“ konstatierte etwa die UN Generalversammlung im Juni 1990. Entsprechend groß sind die Erwartungen der betreffenden Länder in Bezug auf das nächste Jahrzehnt, zumal, so der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Pérez de Cuéllar, mit dem Ende des Kalten Krieges eine historische Chance gegeben sei, „to grapple with the real challenge facing the world community - to eliminate from our midst the blights of hunger, want and degradation and to leave behind us a stable and prosperous world which can sustain future generations“. Als Beitrag zum Nord-Süd Dialog der neunziger Jahre versteht UNDP (United Nations Development Programme), die Dachorganisation der UN Entwicklungshilfe, ihren Human Development Report. Der im Mai vergangenen Jahres erstmals vorgelegte Sozialbericht informiert anhand Sozialer Indikatoren über den Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in 130 Ländern.

Als Organisation, die sich dem Ziel verschrieben hat, den sozialen Wandel zu beeinflussen, um - wie es die Präambel der UN-Charta vorsieht - „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“, sind die Vereinten Nationen daran interessiert, Erkenntnisse über den status quo der Lebensbedingungen und über die Auswirkungen ihrer Aktivitäten zu erhalten. Entsprechend wurden innerhalb des UN Systems, insbesondere vom UN Statistical Office, schon in den fünfziger und sechziger Jahren Anstrengungen zur Entwicklung einer problemorientierten Statistik unternommen. Hierbei ging es nicht zuletzt um eine Standardisierung statistischer Konzepte und Meßinstrumente, um eine international vergleichende Beschreibung der Lebensverhältnisse zu ermöglichen. In den siebziger Jahren wurden dann - etwa im Rahmen eines fünfjährigen Projekts der UN Universität - die methodischen und konzeptuellen Fundamente für eine Sozialberichterstattung auf der Basis Sozialer Indikatoren gelegt. Große Beachtung fanden in diesem Zusammenhang die Arbeiten Jan Drewnowskis für das United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD) und insbesondere das in Zusammenarbeit mit dem englischen Ökonomen Richard Stone entwickelte System sozialer und demographischer Statistiken. Das von der Statistischen Kommission des Economic and Social Council (ECOSOC) getragene

Projekt gilt als eine der bedeutendsten Forschungsaktivitäten auf dem Gebiet der Sozialberichterstattung. Diese Grundlagen - zuletzt dokumentiert im 1989 erschienenen Handbook on Social Indicators - sind inzwischen in die inhaltliche Arbeit zahlreicher UN Organe und UN Sonderorganisationen eingegangen bzw. von ihnen weiterentwickelt worden. Besonders aktiv sind in dieser Hinsicht das Weltkinderhilfswerk (UNICEF), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO), die Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), die Welthandelskonferenz (UNCTAD), die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und die Weltbank. Bei der Erstellung des Human Development Report - ein Projekt für das Schweden, ein Land mit fest etablierter Sozialberichterstattung, erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt hat - konnte UNDP insofern auf bereits vorhandenes Datenmaterial und know how zurückgreifen.

Die Autoren führen die entwicklungspolitischen Fehlschläge der letzten drei Jahrzehnte u.a. darauf zurück, daß Entwicklungsstrategien zu sehr auf die Beeinflussung des Wirtschaftswachstums ausgerichtet gewesen seien und entsprechend ökonomische Kennziffern, und nicht die tatsächlichen Lebensbedingungen, bei der Be-

schreibung und Evaluierung von Entwicklungsprozessen im Mittelpunkt gestanden hätten. UNDP propagiert daher, sozusagen als „anthropozentrische“ Alternative, das human development Konzept. Danach sollten sich entwicklungspolitische Aktivitäten stärker als bisher am Menschen und seinen Bedürfnissen orientieren und daran gemessen werden, ob es ihnen gelingt, den menschlichen Handlungsspielraum zu erweitern. Als wesentliche Ressourcen menschlichen Handelns werden drei Elemente betrachtet: Gesundheit (als physische Voraussetzung jedweder Aktivität), Bildung (z.B. als Voraussetzung für die Teilnahme am politischen Leben) und Einkommen (als universal einsetzbare Ressource).

Der Human Development Index

Als Maßstab für das Ausmaß an human development, das in einem bestimmten Land verwirklicht ist, dient ein Index, dem die Autoren eine prominente Stellung in ihrer Studie einräumen. Er setzt sich aus einem Gesundheitsindikator (Mittlere Lebenserwartung bei der Geburt), einem Bildungsindikator (Alphabetisierungsgrad) und einem Einkommensindikator (Reales Bruttosozialprodukt je Einwohner und Jahr) zusammen. Die Indexwerte werden folgendermaßen ermittelt: Für jeden der drei Indikatoren wird zunächst ein Minimalwert und ein Zielwert bestimmt. Die Minimalwerte entsprechen den niedrigsten gegenwärtig zu beobachtenden Werten, d.h. einer Lebenserwartung von 42 Jahren wie in Afghanistan, Äthiopien und Sierra Leone, einem Alphabetisierungsgrad von 12% wie in Somalia und einem durchschnittlichen Pro-Kopf Einkommen von US\$ 220 wie in Zaire. Als Zielwerte gelten eine Lebenserwartung wie in Japan, nämlich 78 Jahre, ein Alphabetisierungsgrad von 100% und ein Bruttosozialprodukt von US\$ 4861 pro Kopf, was der durchschnittlichen offiziellen Armutsgrenze von neun Industrieländern entspricht (Bezugsjahr jeweils 1985, für das Pro-Kopf Einkommen 1987). Die jeweiligen Minimal- bzw. Zielwerte werden auf 0 bzw. 1 gesetzt und bilden so die Endpunkte einer Skala, auf der ein beobachteter Wert abgetragen werden kann. Der endgültige Indexwert errechnet sich dann als arithmetisches Mittel aus den drei einzelnen Skalenwerten.

Japan auf dem Spitzenplatz

Als Land mit dem höchsten HDI-Wert (0,996) erweist sich Japan (Lebenserwartung: 78 Jahre, Alphabetisierungsgrad: 99%, durchschnittliches Pro-Kopf Einkommen: US\$ 13 135). Japan liegt somit auf Platz 130, gefolgt von den anderen Industrienationen. Das Schlußlicht bildet Niger (HDI-Wert: 0,116). Hier beträgt die mittlere Lebenserwartung bei der Geburt nur 45 Jahre, der Alphabetisierungsgrad 14% und das Bruttosozialprodukt pro Kopf US\$ 452.

Auf Initiative des Projektleiters Mahbub ul Haq wird in der Studie besonderes Augenmerk auf die Länder gerichtet, bei denen die Diskrepanz zwischen ihrem Rangplatz auf der HDI-Skala und ihrem Rangplatz auf der Skala nach Bruttosozialprodukt (wie sie regelmäßig im World Development Report der Weltbank veröffentlicht wird) besonders groß ist. Mahbub ul Haq war während seiner Zeit als pakistanischer Finanzminister zu Anfang der achtziger Jahre mit dem Phänomen konfrontiert, daß sein Land zwar ein relativ hohes Wirtschaftswachstum verzeichnen konnte, sich diese wirtschaftliche Prosperität jedoch nicht in wünschenswerter Weise auf die hohe Kindersterblichkeit oder den niedrigen Alphabetisierungsgrad auswirkte. Ähnliches gilt, so der Report, z.B. für Brasilien, Nigeria und insbesondere für fast alle arabischen Staaten. Ihr Rangplatz auf der HDI-Skala ist durchweg niedriger als ihr Rangplatz auf der BSP-Skala. Deutlich positiver fällt dagegen die Bilanz für Costa Rica, Uruguay, Jamaica, Sri Lanka, Thailand oder Zimbabwe aus. Fazit der Autoren: Eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für eine umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen. Entscheidend ist, ob es gelingt, economic growth in human development umzusetzen. Anhand von vierzehn Länderportraits werden die Merkmale von in diesem Sinne erfolgreichen bzw. gescheiterten Entwicklungsstrategien aufgezeigt und daraus Leitlinien für die Entwicklungspolitik der neunziger Jahre abgeleitet.

Der Human Development Index ist ein außerordentlich eingängiger (und damit medienwirksamer) aber gleichzeitig auch ein äußerst problematischer Aspekt des Reports. Schon in den siebziger Jahren wurde verschiedentlich versucht, ein solches Globalmaß zur Bewertung der Lebensbedingungen zu entwickeln. Aufgrund bestimm-

ter methodischer Schwierigkeiten blieben die Ergebnisse dieser Anstrengungen jedoch unbefriedigend, so daß der Ansatz in der Sozialindikatorenforschung weitgehend fallengelassen wurde. Insbesondere konnten keine allgemein anerkannten Kriterien für die Auswahl der Indikatoren, für die Festlegung ihrer Minimal- und Zielwerte und für ihre Gewichtung gefunden werden. So manifestiert sich das Problem der Gewichtung im Human Development Report z.B. dadurch, daß Tansania allein aufgrund seiner relativ hohen Alphabetisierungsrate von 75% eine ganze Reihe von Ländern mit gleicher mittlerer Lebenserwartung und höherem Pro-Kopf Einkommen auf die hinteren Plätze verweist.

Wenn UNDP dieses durchaus umstrittene Instrument nun wieder aufgreift, dann ist das Ergebnis sicherlich auch als politische Aussage zu verstehen, als Appell an die Eigenverantwortlichkeit der betroffenen

Länder im Entwicklungsprozeß. Allerdings stellt sich dann die Frage, ob die Botschaft auch gehört wird. Erste Reaktionen auf die Studie zeugen eher von einer Beunruhigung derjenigen Entwicklungsländer, denen erfolgreiche Strategien der Bewältigung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Probleme bescheinigt werden. Ein guter Rangplatz auf der HDI-Skala könnte, so wird befürchtet, ein Abrutschen auf der Prioritätenliste der Entwicklungshilfeorganisationen bedeuten.

United Nations Development Programme: Human Development Report 1990. New York (Oxford University Press) 1990, 189 Seiten, ISBN 0-19-506481-X (kartoniert) ca. 30 DM, ISBN 0-19-506480-1 (gebunden) ca. 60 DM.

Sabine Kleebaum
(Tel.: 0621/18004-59)

Working Group „Social Indicators“ auf dem XII. Weltkongreß der International Sociological Association

Vom 9. bis 13. Juli 1990 veranstaltete die International Sociological Association (ISA) in Madrid den zwölften Weltkongreß für Soziologie. Die internationale Sozialindikatoren-Forschung war dort, wie vier Jahre zuvor in New Delhi auch, als Arbeitsgruppe innerhalb der ISA vertreten. Insgesamt wurden neun Arbeitssitzungen durchgeführt, deren Programm Alex C. Michalos, University of Guelph, Ontario, Canada zusammengestellt hat. Schwerpunkte des umfangreichen Programms lagen zum einen bei Analysen wohlfahrtsrelevanter gesellschaftlicher Entwicklungen über die Zeit sowie im internationalen Vergleich und zum anderen bei inhaltlichen Problemen und methodischen Fragen der Messung von Glück und Zufriedenheit als Indikatoren subjektiven Wohlbefindens. Eine explizite Würdigung aller Einzelvorträge ist hier wegen ihrer Vielzahl nicht möglich.

Allein schon durch die zahlenmäßig ungefähr gleiche Zuordnung der einzelnen Beiträge zu den beiden Programmschwerpunkten wurde deutlich, daß sich innerhalb der internationalen Sozialindikatoren-For-

schung die Fragestellungen und Probleme der Lebensqualitätsforschung in den letzten Jahren gleichberechtigt und eigenständig neben der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung etabliert haben. In verschiedenen Beiträgen, insbesondere denen der deutschen Teilnehmer, wurde deutlich, daß sich Sozialberichterstattung und Lebensqualitätsforschung wechselseitig gut ergänzen können. Gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung, die ausschließlich auf die Darstellung objektiver Lebensbedingungen konzentriert sind und darüber die subjektive Wahrnehmung und Bewertung individueller Lebenslagen vernachlässigen, lassen eine zentrale Wohlfahrtsdimension außer acht. Andererseits ist die Lebensqualitätsforschung gut beraten, wenn sie gesamtgesellschaftliche oder gruppenspezifische Lebensbedingungen in ihren Modellen zur Erklärung von Glück und Zufriedenheit berücksichtigt.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)

Aussiedler aus Osteuropa weniger gern gesehen

Einstellungsmuster gegenüber Gastarbeitern, Übersiedlern und Aussiedlern

In den letzten zwei Jahren sind die Zahlen der Übersiedler aus der ehemaligen DDR und der deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa, die in die Bundesrepublik zugewandert sind, sprunghaft angestiegen. Im juristischen Sinne unterscheidet sich ihre Situation ganz erheblich von der Rechtsposition der ausländischen Arbeitnehmer und deren Familienangehörigen aus den ehemaligen Anwerbeländern, die größtenteils schon lange in Deutschland leben, sowie der Asylsuchenden aus den verschiedensten Ländern. In soziologischer Hinsicht dagegen besitzen die genannten Gruppen eine grundlegende Gemeinsamkeit: Sie sind Fremde in einer Gesellschaft, die ihnen erhebliche Anpassungsleistungen abverlangt und deren Bevölkerung ihnen nicht nur unvoreingenommen, sondern zum Teil auch kritisch, mit Ängsten und Vorurteilen behaftet, entgegentritt.

Die unterschiedlichen Einstellungen der bundesdeutschen Bevölkerung gegenüber den verschiedenen ethnischen Gruppen von Zuwanderern sind Gegenstand des vorliegenden Artikels. Die empirische Grundlage ist die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften im Jahr 1990 (AllBUS '90). Im Rahmen dieser für die erwachsene deutsche Bevölkerung in den elf alten Bundesländern repräsentativen Befragung wurden die Wahrnehmungen von Interessenkonflikten zwischen Bundesbürgern und den verschiedenen ethnischen Gruppen, die Meinungen zu den

Vorteilen oder Nachteilen der einzelnen Gruppen für die Bundesrepublik sowie die unterschiedlichen Vorstellungen zu den Möglichkeiten des Zuzugs erhoben.

Der Fragebogen des AllBUS '90 wurde im Januar 1990 entwickelt, die „Feldzeit“ umfaßte die Monate März bis Mai. Die stürmische politische Entwicklung in Deutschland im letzten Jahr, insbesondere die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten hatte zur Folge, daß sich die ursprüngliche Bedeutung eines Teils der hier ausgewerteten Fragen verändert hat.

Dies gilt insbesondere für die erhobenen Einstellungen gegenüber den Übersiedlern aus der ehemaligen DDR.

Wahrnehmung starker interethnischer Interessenkonflikte

Rund 22 Prozent aller Befragten nehmen sehr starke Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen wahr, weitere 46 Prozent ziemlich starke. Damit vertreten mehr als zwei Drittel der Befragten die Ansicht, das Zusammenleben von Gastarbeitern und Deutschen sei von starken Konflikten geprägt. Dieser Anteil ist zwar deutlich höher als die entsprechenden Zahlen bei der Wahrnehmung von Interessenkonflikten zwischen Bundesbürgern und Übersiedlern aus der ehemaligen DDR sowie zwischen Bundesbürgern und deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa. Aber auch hier nehmen 55 Prozent bzw. 62 Prozent sehr starke oder ziemlich starke Interessenkonflikte wahr.

Wenn man nach Geschlecht, Alter und Schulbildung der Befragten differenziert, dann zeigen sich zwar Unterschiede bei der Wahrnehmung sehr starker Interessenkonflikte, sie sind aber gewöhnlich nicht besonders deutlich ausgeprägt. Zu erwähnen sind vor allem die Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen, die von Frauen wesentlich stärker wahrgenommen werden als von Männern und bei denen ein ausgeprägter nicht-linearer Zusammenhang mit dem Alter der Befragten besteht. Sehr starke Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen werden sowohl von den jüngeren als auch den älteren Altersgruppen in vermehrtem Umfang wahrgenommen; von den mittleren Altersgruppen dagegen werden sie unterdurchschnittlich oft angegeben.

Die vergleichsweise häufige Wahrnehmung sehr starker Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen bei den jüngeren Befragten sollte nicht als eine grundsätzlich ablehnendere Haltung interpretiert werden. Hier spielt sicher auch die Tatsache eine bedeutsame Rolle, daß viele Befragte in diesem Alter noch nicht die Erfahrung relativ konfliktfreier Kontakte mit Ausländern in ihrer Arbeitswelt machen konnten. Das belegen auch die gleichzeitig nach Alter und Schulbildung differenzierten Ergebnisse. Die jüngeren Befragten mit

Tabelle 1: Wahrnehmung interethnischer Interessenkonflikte

zwischen ...	Gastarbeitern und Deutschen %	Bundesbürgern und Übersiedlern %	Bundesbürgern und Aussiedlern %
sehr stark	21.8	15.4	18.5
ziemlich stark	45.7	39.8	43.9
eher schwach	24.1	34.1	27.8
gibt gar keine	5.0	6.8	5.6
weiß nicht, k.A.	3.4	3.9	4.2

Datenbasis: AllBUS 1990, Split 2 (Befragte Insgesamt n = 1 470)

Tabelle 2: Wahrnehmung sehr starker interethnischer Interessenkonflikte nach Geschlecht, Alter und Schulbildung

	Anteil der Befragten, die sehr starke Interessenkonflikte zwischen ... wahrnehmen		
	Gastarbeitern und Deutschen %	Bundesbürgern und Übersiedlern %	Bundesbürgern und Aussiedlern %
männlich	18.9	14.6	20.1
weiblich	26.4	17.5	18.6
bis 24 Jahre	29.4	19.9	21.9
25 bis 34 Jahre	22.9	17.5	20.5
35 bis 44 Jahre	18.8	14.1	21.9
45 bis 54 Jahre	19.0	12.3	16.9
55 bis 64 Jahre	20.7	15.4	15.6
65 u.m. Jahre	26.6	16.8	18.3
einfaches Bildungsniveau	23.8	17.4	19.0
mittleres Bildungsniveau	21.0	16.3	19.3
höheres Bildungsniveau	22.3	14.7	21.1

Datenbasis: ALLBUS 1990, Split 2 (Befragte insgesamt n = 1 470)

höherem Bildungsniveau und damit verbundener längerer Ausbildungszeit sowie geringerer Berufserfahrung geben wesentlich häufiger sehr starke Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen an als die jüngeren Befragten mit einfachem Bildungsniveau und entsprechend längerer Berufserfahrung.

Übersiedlern aus der ehemaligen DDR eindeutig oder zumindest eher mit Vorteilen für die Bundesrepublik verbunden sei, geben demgegenüber nur drei bzw. achtzehn Prozent der Befragten an. Noch niedriger fallen die entsprechenden Anteile bei der Frage nach den Vorteilen oder Nachteilen des Zuzugs deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa aus. Weniger als zwei Pro-

zent sehen darin eindeutig und weniger als elf Prozent eher einen Vorteil für die Bundesrepublik. Aber eine Mehrheit von 53 Prozent der Befragten gibt an, dies sei eher oder eindeutig mit Nachteilen verbunden.

Die geschlechts-, alters- und bildungsspezifischen Unterschiede sind bei den Meinungen zu den Vorteilen oder Nachteilen der verschiedenen Gruppen von Zuwanderern für die Bundesrepublik deutlich stärker ausgeprägt als bei der Wahrnehmung von Interessenkonflikten. Sowohl in der Anwesenheit der Gastarbeiter als auch im Zuzug von Übersiedlern und Aussiedlern sehen Männer häufiger einen Vorteil und seltener einen Nachteil für die Bundesrepublik als Frauen. Die Anteile der Befragten, die in der Anwesenheit bzw. dem Zuzug dieser Gruppen einen Vorteil für die Bundesrepublik sehen, steigen mit dem Bildungsniveau und dementsprechend nehmen die Anteile, die darin einen Nachteil sehen, mit steigendem Bildungsniveau ab.

Fast ein Drittel für uneingeschränkte Zuzugsmöglichkeiten von Arbeitnehmern aus EG-Staaten

Neben einer Vielzahl anderer Faktoren beeinflussen auch die oben beschriebene Wahrnehmung ethnischer Interessenkonflikte sowie die Meinungen zu den gesellschaftlichen Vorteilen oder Nachteilen der verschiedenen ethnischen Gruppen die Vorstellungen zu ihrer Immigration in die Bundesrepublik Deutschland. Fast ein

Unterschiedliche Meinungen zu den Vorteilen oder Nachteilen für die Bundesrepublik

Während bei der Wahrnehmung von Interessenkonflikten die ausländischen Arbeitnehmer aus den früheren Anwerbeländern ungünstiger abschneiden als die Übersiedler aus der ehemaligen DDR und die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa, ist es bei der Frage nach den Vorteilen oder Nachteilen, die für die Bundesrepublik mit der Anwesenheit bzw. dem Zuzug dieser drei ethnischen Gruppen verbunden sind, gerade umgekehrt. Hier geben im Frühsommer 1990 fast zehn Prozent der Befragten an, die Anwesenheit der Gastarbeiter sei für die Bundesrepublik eindeutig von Vorteil und weitere 36 Prozent sagen, sie sei eher von Vorteil. Daß der Zuzug von

Tabelle 3: Meinungen zu den Vorteilen und Nachteilen für die Bundesrepublik durch verschiedene ethnische Gruppen

	Anwesenheit der Gastarbeiter %	Zuzug von Übersiedlern %	Zuzug von Aussiedlern %
eindeutig von Vorteil	9.9	3.0	1.6
eher von Vorteil	36.2	17.5	10.8
weder noch	32.9	33.4	30.4
eher von Nachteil	15.5	34.3	41.9
eindeutig von Nachteil	2.4	7.9	11.2
weiß nicht, k. Angabe	3.1	3.9	4.1

Datenbasis: ALLBUS 1990, Split 1 (n = 1 593), Split 2 (n = 1 470)

Tabelle 4: Meinungen zu den Vorteilen und Nachteilen für die Bundesrepublik durch verschiedene ethnische Gruppen nach Geschlecht, Alter und Schulbildung

	Anteil der Befragten, die meinen					
	die Anwesenheit der Gastarbeiter sei von		der Zuzug der Übersiedler sei von		der Zuzug der Aussiedler sei von	
	Vorteil %	Nachteil %	Vorteil %	Nachteil %	Vorteil %	Nachteil %
männlich	52.8	18.0	26.3	40.7	16.1	52.6
weiblich	42.2	21.2	16.5	47.1	9.8	58.1
bis 24 Jahre	45.7	13.0	20.1	44.7	12.8	49.2
25 bis 34 Jahre	54.0	13.8	20.4	46.4	12.4	55.5
35 bis 44 Jahre	55.5	13.2	20.2	41.8	10.2	55.2
45 bis 54 Jahre	50.8	18.5	23.9	42.1	14.4	57.0
55 bis 64 Jahre	43.0	17.6	22.8	40.0	13.5	53.6
65 u.m. Jahre	33.3	34.2	21.0	46.1	14.6	58.3
einfaches Bildungsniveau	35.2	25.6	17.8	48.6	10.7	61.4
mittleres Bildungsniveau	50.4	16.5	22.0	42.2	11.2	56.7
höheres Bildungsniveau	67.0	7.6	28.0	36.1	19.2	41.8

Datenbasis: AIBUS 1990, Split 1 (n = 1 593), Split 2 (n = 1 470)

Drittel aller Befragten befürwortet den uneingeschränkten Zuzug von Arbeitnehmern aus EG-Staaten und lediglich dreizehn Prozent wollen ihn völlig unterbinden. Diesem Ergebnis am nächsten kommt die Einstellung zur Zuwanderung von Übersiedlern aus der ehemaligen DDR. Hier gaben mehr als ein Viertel aller Befragten an, der Zuzug solle uneingeschränkt möglich sein und zwanzig Prozent wollten ihn völlig unterbinden. Deutlich ablehnender ist dagegen die Haltung gegenüber deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa. Nur siebzehn Prozent sind für einen uneingeschränkten Zuzug dieser ethnischen Gruppe, aber zwanzig Prozent der Befragten meinen, er solle völlig unterbunden werden.

Auch die Asylsuchenden aus verschiedenen Ländern der dritten Welt sowie Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten sind weniger gern gesehen. Zwar liegt bezüglich der Asylsuchenden der Anteil der Befürworter uneingeschränkter Zuzugsmöglichkeiten noch etwas über dem entsprechenden Anteil bezüglich der Aussiedler aus Osteuropa, aber auch der Anteil derjenigen, die den

Zuzug von Asylsuchenden völlig unterbinden wollen, ist mit 30 Prozent fast zehn Prozentpunkte höher als der entsprechende Anteil in Bezug auf die deutschstämmigen Aussiedler. Noch schlechter stellt sich die Situation für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten dar. Nur elf Prozent der Befragten befürworten den uneingeschränkten Zuzug, fast ein Drittel dagegen will ihn völlig unterbinden.

Wirft man wieder einen Blick auf die nach Geschlecht, Alter und Schulbildung der Befragten differenzierten Ergebnisse, so wird deutlich, daß von diesen drei persönlichen Merkmalen das Bildungsniveau den weitaus stärksten Einfluß auf die politischen Vorstellungen zur Immigration der verschiedenen ethnischen Gruppen aufweist. Sowohl im Hinblick auf die Arbeitnehmer aus den EG-Staaten als auch die Übersiedler aus der ehemaligen DDR und die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa steigt der Anteil der Befragten, die einen uneingeschränkten Zuzug befürworten, mit dem Bildungsniveau der Befragten ganz erheblich an und sinkt der Anteil der-

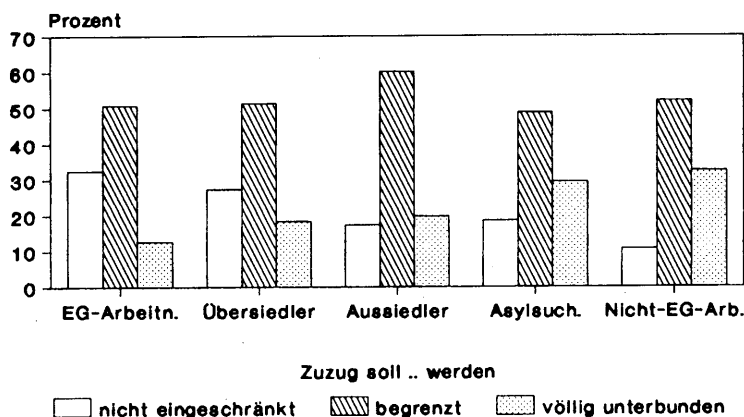
jenigen, die den Zuzug völlig unterbinden wollen, drastisch ab.

Typische Einstellungsmuster gegenüber Fremden

Die Angaben der Befragten zu den Interessenkonflikten, den Vorteilen oder Nachteilen sowie den Immigrationsmöglichkeiten können miteinander kombiniert und dadurch typische Einstellungsmuster gegenüber Fremden identifiziert werden. Das ist entweder für jeden einzelnen Aspekt der Einstellung über alle untersuchten ethnischen Gruppen möglich oder aber für jede einzelne Gruppe über alle abgefragten Einstellungsaspekte. Im erstgenannten Fall erhält man aspektbezogene, im zweiten Fall gruppenspezifische Einstellungsmuster. Im folgenden wird der Frage nachgegangen, inwieweit bei der Einstellung gegenüber Fremden eher universale, gruppenunabhängige oder eher gruppenspezifische Kriterien dominieren.

Bei der Wahrnehmung von Interessenkonflikten dominieren die gruppenunabhängigen Einstellungsmuster. Unter den vier am häufigsten genannten Kombinationen befinden sich drei mit universaler Konfliktwahrnehmung; nur eine der vier häufigsten Kombinationen weist eine gruppenspezifische Konfliktwahrnehmung auf. Bei den Vorteilen und Nachteilen der verschiedenen ethnischen Gruppen für die Bundesrepublik ist es dagegen genau umgekehrt. Hier beinhalten drei der vier am häufigsten genannten Kombinationen gruppenspezifisch unterschiedliche Meinungen. Nur die gruppenunabhängige Meinung, daß die Anwesenheit bzw. der Zuzug sowohl der Gastarbeiter als auch der Übersiedler und Aussiedler von Nachteil für die Bundesrepublik sei, ist unter den vier häufigsten Kombinationen vertreten. Bei den häufigsten Einstellungsmustern zur Immigration der verschiedenen ethnischen Gruppen dominieren wieder ganz eindeutig die universalen Muster. Fünfzehn Prozent der Befragten befürworten eine generelle Begrenzung des Zuzugs von Übersiedlern, Aussiedlern, Asylsuchenden sowie Gastarbeitern aus EG- und Nicht-EG-Staaten. Jeweils fünf Prozent sind der Meinung, der Zuzug all dieser ethnischen Gruppen solle völlig unterbunden werden bzw. uneingeschränkt möglich sein.

Graphik 1
Vorstellungen zur Immigration
verschiedener ethnischer Gruppen



Datenbasis: AIBUS 1990 (n = 3 063)

Insgesamt weisen die Ergebnisse zu den jeweiligen aspektbezogenen typischen Einstellungsmustern darauf hin, daß die Einstellungen der bundesdeutschen Bevöl-

kerung gegenüber Fremden weder vollständig von universalen noch von gruppenspezifischen Kriterien determiniert werden. Es handelt sich vielmehr um ein komplexes

Phänomen, bei dem beide Elemente eine Rolle spielen. Dabei scheinen die gruppenunabhängigen Kriterien von größerer Bedeutung zu sein. Dieses Ergebnis wird noch ergänzt durch den Vergleich der für die verschiedenen ethnischen Gruppen jeweils am häufigsten genannten Einstellungsmuster. Dabei werden große Ähnlichkeiten zwischen den typischen Einstellungsmustern gegenüber Gastarbeitern aus EG- und Nicht-EG-Staaten sowie noch größere zwischen Übersiedlern und Aussiedlern deutlich.

Das häufigste Einstellungsmuster gegenüber Arbeitnehmern aus EG-Staaten beinhaltet ziemlich starke Interessenkonflikte zwischen Gastarbeitern und Deutschen, Vorteile für die Bundesrepublik durch ihre Anwesenheit sowie uneingeschränkte Zugangsmöglichkeiten. Diesem Einstellungsmuster können dreizehn Prozent der Befragten zugeordnet werden. Das häufigste Einstellungsmuster gegenüber Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Staaten unterscheidet sich davon nur durch die Vorstellung, daß ihre Zugangsmöglichkeiten begrenzt werden sollten. Fünfzehn Prozent der Befragten haben diese Kombination von Einstellungsaspekten gegenüber Fremden angegeben. Bei den häufigsten Einstellungsmustern gegenüber Arbeitnehmern aus EG-Staaten liegt sie an dritter Stelle. Noch größere Ähnlichkeiten bestehen zwischen den häufigsten Einstellungsmustern gegenüber Übersiedlern aus der ehemaligen DDR und deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa. Jeweils an erster Stelle steht mit zwölf Prozent bei den Übersiedlern und achtzehn Prozent bei den Aussiedlern ein Einstellungsmuster, das ziemlich starke Interessenkonflikte mit den Bundesbürgern sowie Nachteile für die Bundesrepublik durch den Zuzug annimmt und - zum Teil auch als Folge davon - die Vorstellung einer Begrenzung des Zuzugs enthält.

Tabelle 5: Vorstellungen zur Immigration verschiedener ethnischer Gruppen nach Geschlecht, Alter und Schulbildung

	Anteil der Befragten, die meinen, der Zuzug von ...					
	Übersiedlern		Aussiedlern		Arbeitnehmern aus EG-Staaten	
	soll uneingeschränkt möglich sein (%)	soll völlig unterbunden werden (%)	soll uneingeschränkt möglich sein (%)	soll völlig unterbunden werden (%)	soll uneingeschränkt möglich sein (%)	soll völlig unterbunden werden (%)
männlich	34.5	19.1	21.8	18.9	40.7	11.5
weiblich	21.8	18.8	13.9	22.0	27.0	15.1
bis 24 Jahre	32.9	15.3	22.7	13.5	36.6	7.3
25 bis 34 Jahre	31.7	15.2	19.2	15.7	39.2	9.7
35 bis 44 Jahre	27.6	15.6	16.9	19.6	37.0	9.0
45 bis 54 Jahre	26.2	20.1	15.6	21.7	34.4	14.8
55 bis 64 Jahre	24.6	22.3	17.7	23.2	29.4	15.3
65 u.m. Jahre	25.5	26.9	17.3	27.8	24.7	23.0
einfaches Bildungsniv.	21.5	23.9	12.7	28.6	22.7	19.4
mittleres Bildungsniv.	26.7	17.4	13.9	18.0	35.9	9.7
höheres Bildungsniv.	41.7	11.0	32.2	6.6	53.7	4.9

Datenbasis: AIBUS 1990 (Befragte Insgesamt n = 3 063)

Gemeinsamkeiten und gruppenspezifische Unterschiede bei den Einstellungsmustern gegenüber Fremden

Die einzelnen empirischen Befunde zu den verschiedenen Aspekten der Einstellung gegenüber Fremden und den verschiedenen ethnischen Gruppen haben gezeigt, daß die Einstellungen der Bundesbürger gegenüber Fremden keinem einfachen Erklärungsschema zugänglich sind. So wird das Zusammenleben von Gastarbeitern und

Deutschen als wesentlich konfliktreicher angesehen als das Zusammenleben von Bundesbürgern und Übersiedlern sowie Aussiedlern. Gleichwohl sei ihre Anwesenheit wesentlich vorteilhafter für die Bundesrepublik als der Zuzug von Übersiedlern und Aussiedlern. Hinsichtlich uneingeschränkter Möglichkeiten des Zuzugs werden Arbeitnehmer aus EG-Staaten und Übersiedler aus der ehemaligen DDR bevorzugt, deutschstämmige Aussiedler aus Osteuropa, Asylsuchende und Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Staaten sind dagegen weniger gern gesehen.

Kombiniert man die Einzelergebnisse zu aspektbezogenen oder gruppenspezifischen Einstellungsmustern, so wird deutlich, daß sich die typischen, d.h. die am häufigsten genannten Einstellungsmuster sowohl auf der Basis universaler, gruppenunabhängiger als auch gruppenspezifischer Kriterien herausbilden. Bei der Wahrnehmung inter-ethnischer Interessenkonflikte und den Vorstellungen zu den Möglichkeiten des Zuzugs dominieren die universalen, bei den Vorteilen oder Nachteilen für die Bundesrepublik die gruppenspezifischen Kriterien.

Erich Wiegand
(Tel.: 0621/18004-15)

Indikatordefinitionen und begriffliche Erläuterungen sowie der Nachweis weiterführender und vertiefender Publikationen runden das Informationsangebot ab.

Wie jede Ausgabe, so enthält auch Social Trends '90 neben den periodischen Basisinformationen zu den verschiedenen Bereichen aktuelle Zusatzinformationen: rund ein Drittel der insgesamt 203 Tabellen und über die Hälfte der 134 Graphiken sind gegenüber der vorherigen Ausgabe neu hinzugekommen. Abgesehen von wenigen Modifikationen in Anzahl, Umfang und Reihenfolge der Beiträge sind Präsentation und inhaltlicher Aufbau der Social Trends in den vergangenen Jahren weitgehend unverändert geblieben.

Social Trends ist eine der ganz wenigen Publikationen, die über einen Zeitraum von 20 Jahren regelmäßig quantitative Informationen über Zustand und Entwicklungstendenzen einer Gesellschaft im Sinne der Sozialberichterstattung bereitstellt. Der Report überzeugt vor allem durch seine klare Struktur und die Aktualität und Kontinuität der Berichterstattung. In diesem Sinne haben die Herausgeber der Social Trends sicherlich Vorbildliches geleistet und waren darüber hinaus für die Entwicklung der Sozialberichterstattung in anderen Ländern beispielgebend.

Für die Zukunft wünschte man sich allerdings wieder eine stärkere Betonung der analytischen Komponente, die vor allem in den letzten Jahren vernachlässigt wurde, eine etwas lebendigere, weniger komprimierte Darstellung sowie mehr Mut zur kritischen Bewertung und Stellungnahme in ausführlicheren Textbeiträgen.

Central Statistical Office (Hrsg.): Social Trends 20, 1990 Edition, London; Her Majesty's Stationery Office, 209 S., 21,95 Pfund.

Susanne Babl
(Tel.: 0621/18004-59)

Social Trends 1990

20 Jahre Sozialberichterstattung in Großbritannien

Social Trends - der Sozialreport des britischen Central Statistical Office - feierte 1990 seinen zwanzigsten Geburtstag. Der erstmals 1970 und seitdem jährlich veröffentlichte Sozialbericht zählt damit zu den ältesten und ersten seines Genres. Mit dieser Publikation steht nicht nur Wissenschaftlern und Politikern, sondern vor allem auch der interessierten Öffentlichkeit eine Informationsquelle zur Verfügung, die regelmäßig und konzise den Zustand und Wandel der britischen Gesellschaft in ihren wichtigsten Bereichen und Dimensionen beschreibt. Im Mittelpunkt steht dabei die problembezogene Präsentation von statistischen Daten, die durch institutionelle Kontextinformationen ergänzt wird.

Social Trends '90 enthält einen einführenden analytischen Beitrag und gliedert sich in die folgenden 12 Kapitel, die die soziale Wirklichkeit in den wichtigsten Politik- und Lebensbereichen anhand ausgewählter Indikatoren beschreiben: Bevölkerung, Haushalt und Familie, Bildung, Arbeit, Einkommen und Vermögen, öffentliche und private Einnahmen und Ausgaben, Ge-

sundheit und soziale Dienste, Wohnen, Transport und Umwelt, Freizeit, Partizipation, Gerichtsbarkeit und Straftaten. Die Jubiläumsausgabe nimmt der Herausgeber zum Anlaß, auf der Basis der in den Social Trends erkennbaren Tendenzen und Muster des sozialen Wandels eine Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung Großbritanniens für die nächsten 20 Jahre in den zentralen Lebensbereichen vorzunehmen.

Social Trends stützt sich überwiegend auf Daten der amtlichen Statistik, insbesondere des General Household Survey, des Family Expenditure Survey und des Labor Force Survey, aber es werden zunehmend auch nicht-amtliche Datenquellen herangezogen. Jedem Kapitel des Sozialberichts ist ein thesenartiger Überblick zu signifikanten Veränderungen einzelner Indikatoren in den jeweiligen Bereichen vorangestellt. Es folgt die Präsentation der Daten in Form von Tabellen und farbigen Schaubildern; begleitende Texte geben Erläuterungen, von Fall zu Fall werden auch internationale Vergleiche angestellt. Eine ausführliche Dokumentation der statistischen Quellen,

Indikatoren der Zeitverwendung

ZUMA - Workshop

Bei ZUMA wurde vom 8. bis 9. November 1990 ein Workshop zum Thema „Indikatoren der Zeitverwendung“ durchgeführt, der von Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick vorbereitet und betreut wurde.

Im Bereich der Sozialindikatorenforschung kommt der Zeitverwendung der Bevölkerung eine wachsende Bedeutung zu. Bedingt durch die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit hat der Umfang der erwerbsfreien Zeit zugenommen. Aspekte individueller Zeitverwendung haben an gesellschaftspolitischer Bedeutung gewonnen und finden vermehrt öffentliches Interesse. Auch in der Wissenschaft ist ein verstärktes Interesse an Daten zur Zeitverwendung festzustellen. Die Datenlage in der Bundesrepublik Deutschland ist aber im Vergleich zu anderen Industrienationen als ungünstig zu beurteilen; im Bereich der amtlichen Statistik gab es bisher keine umfassende Zeitbudgeterhebung. Da sich aber gerade hier wesentliche Veränderungen abzeichnen, sollten auf dem Workshop relevante Forschungsrichtungen und -ergebnisse vorgestellt und ihr möglicher Beitrag für eine Sozialberichterstattung diskutiert werden.

Nach einer Einführung in das Thema durch Heinz - Herbert Noll und Stefan Weick referierte Jonathan Gershuny (Oxford) über Time Bugets as Social Indicators. Dabei betonte er die Vorteile der Tagebuchmethode bei der Erfassung von Zeitbudgets. Er zeigte in Grundzügen ein gesellschaftliches Gesamtrechnungssystem für Großbritannien auf, das auf der Zeitverwendung der Bevölkerung eines Staates beruht. Er demonstrierte auch wie sich der Zeitaufwand für ausgewählte Aktivitäten historisch gewandelt hat. Hartmut Lüdtko (Marburg) stellte empirische Befunde zur Zeitverwendung und zum Freizeitverhalten vor. Er präsentierte empirische Analysen, in denen Fragen der Lebensstilforschung mit Hilfe von Zeitbudgetdaten untersucht wurden. Dabei ging er auf die Verteilung bestimmter Aktivitäten im Tagesablauf sowie auf Aktivitätsmuster und deren Bestimmungsgründe ein.

Bernhard Nauck (Weingarten) gab einen kritischen Überblick über Ansätze, Metho-

den und Ergebnisse der empirischen Freizeitforschung in der Bundesrepublik und wies auf Schwächen bisheriger Forschungskonzepte hin. Eckhard Priller (Berlin-Ost) berichtete über Konzeption und Ergebnisse der Zeitbudgetstudien der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR. Anders als in der Bundesrepublik wurden hier regelmäßig größere amtliche Zeitbudgeterhebungen durchgeführt. Stichproben, Instrumente und Auswertungsstrategien wurden dabei beleuchtet und auf mögliche Potentiale für weitere Auswertungen hingewiesen.

In ihrem Beitrag zu Zeitverwendung und Mediennutzung stellte Barbara Pfetsch (Mannheim) Design und Ergebnisse einer Studie zum Einfluß der Einführung von Kabelfernsehanschlüssen auf die Zeitverwendung, insbesondere auf die Art und Dauer der Nutzung der Fernsehprogrammangebote dar.

Joachim Merz (Frankfurt) referierte über die Möglichkeiten des Sozio-ökonomischen Panels als Datenbasis für Zeitbudgetanaly-

sen. Er präsentierte das entsprechende Fragenprogramm im Sozio-ökonomischen Panel und stellte Analysen zur Zeitverwendung vor, die den Längsschnittcharakter der Datenbasis berücksichtigen. Manfred Ehling (Wiesbaden) stellte zum Schluß Konzeption und Programm der Zeitbudgeterhebung für 1992 des Statistischen Bundesamtes vor. Hier wurde deutlich, daß das Statistische Bundesamt bereit ist, in diesem Zusammenhang auch Anregungen aus der Wissenschaft aufzunehmen und auch bestrebt ist, die Daten für Forschungszwecke bereitzustellen.

In der Abschlußdiskussion wurden die Beiträge noch einmal hinsichtlich ihres Potentials für die Sozialberichterstattung erörtert. Referate und Diskussion sollten u.a. eine Grundlage für die Arbeiten der Abteilung soziale Indikatoren bei ZUMA bieten, das von ihr bearbeitete System Sozialer Indikatoren, um den Bereich Zeitverwendung zu erweitern. Hier haben sich Möglichkeiten abgezeichnet, bestehende Konzepte und Datenquellen für diese Zwecke zu verwerten. Weiterhin wird den Vorhaben des Statistischen Bundesamtes auf diesem Gebiet ein großes Gewicht zukommen.

Stefan Weick
(Tel.: 0621/18004-13)

Trends sozialstrukturellen Wandels

Veranstaltungen der Sektion Sozialindikatoren auf dem 25. Deutschen Soziologentag

Die Sektion Sozialindikatoren in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hat auf dem Frankfurter Soziologentag zwei Veranstaltungen durchgeführt, die beide aktuelle Trends sozialstrukturellen Wandels zum Gegenstand hatten. Damit wurde das Generalthema des Soziologentags „Modernisierung moderner Gesellschaften“ aufgegriffen und in den verschiedenen Einzelbeiträgen versucht, signifikante Entwicklungstendenzen, die in der Bundesrepublik und anderen fortgeschrittenen Gesellschaften identifiziert werden, empirisch zu erfassen und in ihren Folgen zu analysieren. Das Programm der beiden Arbeitssitzungen umfaßte insgesamt neun Referate.

In der von Wolfgang Glatzer (Frankfurt) geleiteten ersten Veranstaltung beschäftigte sich zunächst Charlotte Höhn (Wiesbaden) mit aktuellen demographischen Entwicklungstendenzen und damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen. Dabei spielte auch die Frage eine Rolle, wie diese Entwicklungen von dem Prozeß der deutschen Vereinigung beeinflusst werden. Thomas Hanf (Berlin-Ost) referierte über das Thema „Sozialstruktur im Umbruch - die DDR“ und unternahm dabei den Versuch in der Retrospektive Entwicklungsprobleme zu identifizieren und ein Bild der aktuellen ökonomischen, sozialen und psychologi-

schen Lage in der ehemaligen DDR zu zeichnen. Die beiden anschließenden Referate bezogen sich auf Tendenzen des sozialen Wandels in Frankreich und den USA. Henri Mendras (Paris), Leiter einer Forschungsgruppe, die den sozialen Wandel in Frankreich empirisch untersucht, faßte seine empirischen Beobachtungen der weitreichenden Modernisierungstendenzen Frankreichs, die in der Mitte der sechziger Jahre einsetzten, unter dem Begriff der „second french revolution“ zusammen. Ted Caplow (Charlottesville, USA), unter dessen Leitung die Middletown III - Studie durchgeführt wurde, diskutierte rund 15 Trends des sozialstrukturellen Wandels in den USA und verglich die Entwicklung dort mit der in der Bundesrepublik und in Frankreich.

In der zweiten, von Heinz-Herbert Noll (Mannheim) geleiteten Veranstaltung der Sektion befaßten sich die ersten beiden Referenten mit der Bildungsexpansion und ihren sozialen Folgen. Im Mittelpunkt des Vortrags von Heiner Meulemann (Düsseldorf) stand die Frage nach den Auswirkungen der Bildungsexpansion auf die Bildungschancen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und die soziale Ungleichheit im

allgemeinen. Manfred Murck (Münster) demonstrierte am Beispiel der Polizei die Konsequenzen, die die Bildungsexpansion - vermittelt über tiefgreifende Veränderungen der Personalstruktur und den Wandel von Einstellungen und Wertorientierungen - für das staatliche Eingriffshandeln hatte. Stefan Weick (Mannheim) präsentierte empirische Befunde einer kohortenanalytischen Studie zum Wandel der Familienbildung und des Prozesses der Ablösung vom Elternhaus. Peter Berger und Peter Sopp (Bamberg) trugen in ihrem Referat zum Thema „Stabilität und Heterogenität“ Ergebnisse von Mobilitätsanalysen vor und plädierten auf dieser Basis für eine „verzeitlichte“ Sozialstrukturanalyse. Zum Schluß der Veranstaltung präsentierten Lutz Leisering und Michael Zwick (Bremen) Ergebnisse einer Verlaufsuntersuchung von Sozialhilfeempfängern, und wiesen einen Trend zur wachsenden Heterogenität der Armut nach.

Ein Tagungsband ist in Vorbereitung und wird voraussichtlich 1991 im Campus Verlag, Frankfurt a.M. erscheinen.

Heinz-Herbert Noll

Workshop

Ereignisanalyse in der Bevölkerungssoziologie

20. bis 22. Februar 1991

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V., Mannheim

Der Workshop soll einen Überblick über die Anwendung der Ereignisanalyse in der Bevölkerungssoziologie für die Bundesrepublik geben.

Behandelt werden die Themenbereiche »Auszug aus dem Elternhaus«, »Dauer von Lebensgemeinschaften«, »Heiratsalter«, »Geburtenintervalle«, »Scheidungsrisiko« und »Wiederverheiratung«. Als Referenten stehen Hans-Peter Blossfeld, Johannes Huinink, Thomas Klein, Notburga Ott, Georgios Papastefanou, Diana Schladt, Angelika Tölke, Michael Wagner und Rolf Ziegler zur Verfügung.

Der Workshop ist für Anfänger und Fortgeschrittene geeignet. Die Lektüre eines einführenden Lehrbuches in die Ereignisanalyse vor Kursbeginn wird empfohlen. Bei Teilnahme wird ein Unkostenbeitrag von 60,- DM erhoben.

Interessenten werden gebeten, sich mit ZUMA, Tagungssekretariat (Tel.: 0621/18004-43) in Verbindung zu setzen. Der Workshop wird von Andreas Diekmann und Stefan Weick vorbereitet und betreut.

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-6800 Mannheim
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0
Telefax (06 21) 1 80 04 - 49

Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll
(Tel. 06 21 / 1 80 04 - 14)

Redaktion:

Erich Wiegand

Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH
Maximilianstraße 31
6730 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten

ISSN 0935-218X